

451 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Ausgedruckt am 22. 2. 2001

Bericht des Gleichbehandlungsausschusses

über den Entschließungsantrag 171/A(E) der Abgeordneten Mag. Barbara Prammer und Genossen betreffend Sicherstellung der Gleichstellung von Männern und Frauen in Österreich

Die Abgeordneten Mag. Barbara Prammer und Genossen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 18. Mai 2000 eingebracht und wie folgt begründet:

„Geltende soziopolitische Machtstrukturen aufzubrechen und damit zu verändern gehört zu einem der schwierigsten und langwierigsten Unterfangen, denen man sich im Anpassungs- und Veränderungsprozess des Gemeinwesens aussetzen kann. Dazu gehören nicht nur geschlechtsbezogene Fragen, aber sie sind in allen dabei angesprochenen Bereichen eine zusätzliche Gruppe. Frauen stellen bei allen benachteiligten Bevölkerungsgruppierungen und -schichten noch eine zusätzliche und eigenständige Diskriminierungsgruppe dar.“

Die rechtskonservative Bundesregierung bemüht sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, um die bereits errungenen Veränderungen im Sinne der schicht- und geschlechtsbezogenen konservativen Machtvorstellungen zu revidieren. Im Zentrum ihres Interesses steht die Absicherung der Interessen der sozial besser gestellten Bevölkerungsschichten und der männlichen Vormachtstellung.

Der Versuch, den Rückschritt hin zu einer bürgerlichen und männerorientierten Gesellschaft zu setzen, ist bereits in den ersten Monaten der Amtszeit der rechtskonservativen Bundesregierung offenkundig geworden. Dies bedeutet zwangsläufig eine massive Bedrohung aller jener Veränderungen der letzten Jahre und Jahrzehnte, die in Richtung auf eine egalitäre, jedem Individuum eine autonome Lebensgestaltung zusichernde Gesellschaft abzielt und versucht, diese zu garantieren.“

Der Gleichbehandlungsausschuss hat den vorliegenden Entschließungsantrag am 24. Jänner 2001 in Verhandlung genommen.

Berichterstatterin im Ausschuss war die Abgeordnete Dr. Elisabeth **Hlavac**.

In der Debatte ergriff die Abgeordnete Edith **Haller** das Wort.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag keine Mehrheit.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Gleichbehandlungsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2001 01 24

Dr. Gertrude Brinek

Berichterstatterin

Mag. Barbara Prammer

Obfrau